

## **Erste Sitzungen des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz – eine Bilanz**

Nach holprigem Start hat der Ausschuss Fahrt aufgenommen und viele Themen intensiv beraten. Hier kann nur eine kleine Auswahl dargestellt werden.

Für die **konstituierende Sitzung im Dezember 2019** waren von Seiten der Koalitionsfraktionen ursprünglich nur Formalien geplant. Es blieb der LINKEN überlassen, erste inhaltliche Akzente zu setzen. So konnte ein Vertreter des Gartenbauverbandes Berlin-Brandenburg die existenziellen Nöte mancher Obstbaubetriebe in Ostbrandenburg wegen der Spätfröste im Frühjahr 2019 darstellen. Die erhoffte schnelle Unterstützung der Betriebe durch das Land gibt es leider nicht, immerhin aber ist inzwischen ein Schadensausgleich im Entwurf des Nachtragshaushaltes 2020 vorgesehen. Weitere von der LINKE eingebrachte Themen waren die Situation des Waldes nach den Trockenjahren und die Positionierung der Landesregierung zum Klimapaket. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde der Abgeordnete Wolfgang Roick (SPD) gewählt.

**Die zweite Sitzung des Ausschusses im Januar 2020** war mit 14 Tagesordnungspunkten prall gefüllt. Schwerpunkt war die Anhörung der Vertreter der Volksinitiative „Mehr als nur ein Summen – Insekten schützen, Kulturlandschaft bewahren“. Die Dringlichkeit des Insektenschutzes und die Tatsache ihres Rückgangs wurden von mehreren Rednern betont, gleichzeitig darauf hingewiesen, dass eine Lösung des Problems nur gemeinsam mit den Landnutzern möglich sei und Naturschutzleistungen vergütet werden müssen.

Anlass zu kritischen Nachfragen gab das Genehmigungsverfahren für das Tesla-Werk. Hier geht es aus Sicht der LINKEN darum, ein rechtssicheres Genehmigungsverfahren zu gewährleisten. Viele Fragen ergeben sich vor allem im Zusammenhang mit der Wasserentnahme und Abwasserentsorgung, die nicht Teil des immissionsschutzrechtlichen Verfahrens sind sondern von der unteren Wasserbehörde separat bearbeitet werden. Hier blieben viele Fragen offen, zumal die möglichen Auswirkungen der Wasserentnahme (immerhin 372 km<sup>3</sup> pro Stunde) in der Umweltverträglichkeitsprüfung nicht behandelt werden.

Eine völlige Nullnummer war der Bericht der Landesregierung über die Umsetzung und Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie. Obwohl Nachhaltigkeit im Koalitionsvertrag der Kenia-Koalition auf dem Papier eine prominente Rolle spielt, nutzte Staatssekretär Grimm die Nachfrage der LINKEN nicht dazu, die Vorhaben der Staatskanzlei zu erläutern. Der Tagesordnungspunkt wurde von ihm mit zwei Sätzen abgetan – man sei erst am Anfang und müsse noch überlegen wie es weitergeht.

Auf Antrag der LINKEN beschloss der Ausschuss, in einer der nächsten Sitzungen Vertreter\*innen von Fridays for Future einzuladen und ihre Position erläutern zu lassen.

**Auch die dritte Sitzung im Februar** war mit 12 Tagesordnungspunkten sehr inhaltlich. Diesmal wurde die Volksinitiative „Artenvielfalt retten - Zukunft sichern“ angehört. Die Anhörung stand im Schatten des kurz zuvor veröffentlichten Gutachtens des parlamentarischen Beratungsdienstes, wonach die Volksinitiative aus formalen Gründen unzulässig sei. Im

Nachgang der Sitzung verständigten sich beide Volksinitiativen mit den Koalitionsfraktionen auf einen moderierten Verhandlungsprozess zur Erarbeitung von Regelungen für besseren Insektenschutz. Dafür akzeptieren sie die Ablehnung der Volksinitiativen im Landtag und verzichten auf Volksbegehren. Dieses Verfahren, das auch von den LINKEN ausdrücklich befürwortet wird, wurde dann auch auf einer kurzfristig angesetzten Sondersitzung des ALUK bestätigt. Dagegen sieht es DIE LINKE außerordentlich kritisch, dass die Volksinitiative der Umweltverbände von den Koalitionsfraktionen als unzulässig abgelehnt worden ist.

Enttäuschend waren in der Februar-Sitzung die Ausführungen des MLUK zur Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Ländliche Räume“, denn sie reduzierten sich weitgehend auf die Ausgestaltung der LEADER-Förderung. Die Enquete-Empfehlungen gehen aber viel weiter, und es ist auch problematisch, wenn die LEADER-Förderung – eigentlich für Projekte regionaler Initiativen gedacht – zunehmend für die Absicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge aufgebraucht werden. Es verstärkt sich der schon in der Januar-Plenarsitzung entstandene Eindruck, dass die Kenia-Koalition die Empfehlungen der Enquete-Kommission nicht systematisch umsetzen will.

Interessant war ein Bericht des MLUK über die sogenannten „roten Zonen“, in denen aufgrund der Nitratbelastung des Grundwassers verschärfte Düngevorschriften für die Landwirtschaft gelten. Hier erfolgte eine detaillierte Abgrenzung der betroffenen Gebiete aufgrund zahlreicher Messstellen, wobei auch berücksichtigt wurde, ob die Belastungen überhaupt aus der Landwirtschaft kommen können. Mit 2,3 % der Agrarfläche sind in Brandenburg deutlich weniger „rote Gebiete“ ausgewiesen als in anderen Bundesländern.

Weitere Themen – überwiegend von den LINKEN auf die Tagesordnung gesetzt – waren unter anderem die Auswertung der Grünen Woche, die Vorbereitung der nächsten EU-Förderperiode, das Auftreten des Eichenprozessionsspinners, die Jagdzeitverlängerung auf Schalenwild und die Sektorstrategie 2030 der Milchwirtschaft.

Thomas Domres, umwelt- und agrarpolitischer Sprecher